

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

nachfolgend finden Sie meinen persönlichen **Brief aus Berlin** von der vergangenen Haushaltswoche aus dem Deutschen Bundestag von **Montag, den 25. November 2019** bis einschließlich **Freitag, den 29. November 2019** zu Ihrer freundlichen Information.

Die Politische Lage in Deutschland

Unionsfraktion unterstützt die Landwirte in unserem Land.

Landwirte aus ganz Deutschland haben am Dienstag, den 16. November 2019 mit ihren Traktoren am Brandenburger Tor in Berlin das Land in die Hauptstadt gebracht, **um auf Ihre berechtigten Anliegen aufmerksam zu machen**. Wir aus der CDU/CSU-Fraktion haben den gegen härtere Auflagen protestierenden Landwirten unsere volle Unterstützung zugesagt. **Bereits im Agrarhaushalt für 2020 sind zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen**. Der Protest der Bauern, richtet sich gegen die Verschärfung von Vorgaben zum Insekten- und Umweltschutz sowie weitere Düngebeschränkungen zum Schutz des Grundwassers.

Die Landwirte sehen angesichts der Vorschriften die landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Existenz gefährdet. Wir **danken den Landwirten für ihren friedlichen, freundlichen und konstruktiven Protest** und versprechen, dass wir Unionspolitiker mit aller Macht dafür kämpfen, dass die Umsetzung mit Augenmaß vorstattengeht. Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wollen Landwirtschaft und Gesellschaft zusammenführen. Vor diesem Hintergrund ist es umso erfreulicher, dass der **Haushalt 2020 für unsere Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland, so hoch wie nie zuvor ausfallen wird**. Wir **haben mit 6,7 Milliarden Euro im Einzelplan 10 und den Mitteln aus dem Klimafonds ein Finanzvolumen wie nie zuvor, um Landwirtschaft, Forstwirtschaft und den ländlichen Raum zu unterstützen**. Das ist ein gutes Zeichen der Solidarität! Aber Geld ist nur das eine. Wir befinden uns in Umbruchzeiten und in Zeiten, in denen Diskussionen häufig sehr pauschal und polarisierend geführt werden. Viele unserer Bauern fühlen sich von der **gesellschaftlichen Diskussion in die Ecke gestellt**, pauschal verunglimpft als Umweltverschmutzer oder Tierquäler.

Aber unsere Bauern wissen auch, die Entwicklung geht weiter - hin zu mehr **Umwelt-, Klima- und Tierschutz**. Im Jahr 1900 produzierte ein Landwirt noch für fünf Personen, heute für 155 Personen! Natürlich hat die Ertragssteigerung auch Auswirkungen: kein Hunger in unserem Land und in Europa. Das hat aber auch Umweltwirkungen. Aus diesem Grund kommt einiges auf die Landwirtschaft zu. **Den Landwirten wird in der Tat viel abverlangt, in kurzer Zeit**. EU-Vorgaben für sauberes Grundwasser, in den Regionen, in denen zu viel Nitrat gemessen wird; Gerichtsurteile zum Kastenstand in der Schweinehaltung, weil die Tiere zu wenig Platz haben; weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz, da der Insektenschwund massive Folgen hat. **Düngeverordnung, Insektenschutz, Kastenstands-Urteil** lauten also die Stichworte. Wir kennen die Anliegen der Landwirte, die den Sektor derzeit umtreiben. Aber es geht den Demonstranten auch um mehr Wertschätzung, gegen pauschales „Bauern-bashing“, zu niedrige Zahlungsbereitschaft von uns Verbrauchern, Umgang des Handels bei den Preisverhandlungen und hohe Erwartungen der Konsumenten. Auch unsere Bauernfamilien möchten Anerkennung für ihre Arbeit.

Die Bundesregierung ist nicht nur das ganze Jahr über vor Ort mit den Bauern im Gespräch, sondern auch auf höchster Ebene: Am **2. Dezember** hat **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** gemeinsam mit der **Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner** mehr als 40 landwirtschaftliche Gruppierungen zu einem Gesprächstermin in das Bundeskanzleramt eingeladen.

Wir setzen auch unser Versprechen an die Landwirtschaft um, sie bei der Umsetzung des Aktionsprogramms Insektenschutz mit einzubeziehen. Im Kabinett haben wir bisher Leitplanken beschlossen, die fachpolitische Umsetzung folgt jetzt. Dazu fand am **20. November** ein **erster Runder Tisch** mit allen relevanten Beteiligten statt, zu dem **Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner** und Bundesumweltministerin Svenja Schulze eingeladen habe. Dort saßen selbstverständlich Vertreter der Landwirtschaft mit am Tisch. Ein **gesonderter Runder Tisch zur Landwirtschaft** wird stattfinden, um einzelne Maßnahmen konkret zu besprechen. Insektenschutz ist auch für die Landwirtschaft wichtig — wir wollen ihn aber praxistauglich umsetzen. Dabei ist klar, dass es Umwelt- und Naturschutz nicht zum Nulltarif gibt, es bedarf Geld, um Leistungen unserer Landwirtschaft für uns als Gesamtgesellschaft zu fördern. Dieses Geld stellen wir zur Verfügung. **Der Haushaltsentwurf enthält nicht nur einen Sonderrahmenplan Insektenschutz**, mit dem wir die Landwirtschaft unterstützen werden, noch mehr für den Insektenschutz tun zu können, damit es sich auch rechnet. **Er enthält gesteigerte Mittel für Förderung, Forschung und Innovation in vielen Bereichen, in denen die Bauern vor Herausforderungen stehen. Von Düngung und Nährstoffmanagement über Digitalisierung im Ackerbau bis hin zu mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung, also auch Stallumbauten.**

Gerade den jungen Landwirten sind wir es schuldig, dass wir die Zukunftsfragen nicht liegen lassen und dass wir die Probleme, die auf uns zukommen, proaktiv und frühzeitig angehen. Das ist nicht immer leicht, aber notwendig. Das hat uns das drohende Strafverfahren der EU-Kommission bei der Düngeverordnung gezeigt: **Wer zu lange wartet oder sich gegen Veränderungen und Anpassungen wehrt, den ereilen die Notwendigkeiten umso heftiger.** Wir alle wollen ein Zweitverfahren mit hohen Strafzahlungen mit bis zu rund 800 000 Euro am Tag vermeiden. Auch im Sinne der Landwirtschaft. Die Änderungen für die Düngung sind nicht einfach, aber wir helfen mit Förderungen, dass wir die Neuerungen im Sinne einer entsprechenden Grundwasserqualität und Akzeptanz in der Gesellschaft hinbekommen.

Parteitage mit klarer Botschaft.

Mit den Parteitagen der CSU im Oktober in München und der CDU am vergangenen Wochenende in Leipzig zeigt sich die **Union handlungsfähig und geschlossen.** Wir haben klargestellt, dass wir uns nicht in eine Personaldiskussion hineintreiben lassen. **In der Koalition, und vor allem auch in der Fraktion, haben wir in den letzten Monaten sehr viel umgesetzt.** Es ist nun an der Zeit, auf die Ergebnisse unserer Arbeit aufzubauen. Wir müssen uns noch stärker auf die Sacharbeit konzentrieren. Damit werden wir unserem Anspruch gerecht, **Antworten auf die Zukunftsfragen zu finden: Digitalisierung, Wertschöpfung und Wirtschaften in der Welt von morgen, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, aber auch die Bewahrung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft** verdienen und benötigen unsere volle Aufmerksamkeit. Wie gewährleisten wir innere und äußere Sicherheit in einer unsicherer gewordenen Welt? **Für die Union gilt wie stets: zuerst das Land, dann die Partei, dann die Person.**

Die Woche im Plenum – Der Bundeshaushalt 2020

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2020 beschlossen. Schwerpunkte sind entsprechend der für unser Land bestehenden Herausforderung innere und äußere Sicherheit, Klimaschutz, Bildung und Forschung und sozialer Zusammenhalt. **Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2020 auf 362 Milliarden Euro.** Dabei stärken wir insbesondere die Wachstumskräfte mit Investitionen auf Rekordniveau, nämlich mit knapp 43 Milliarden Euro. Wir stellen damit wichtige Weichen, um unser Land fit für die Zukunft zu machen. Mit dem Haushalt schaffen wir Rahmenbedingungen, damit unser Land gut in das nächste Jahrzehnt startet. Denn es gilt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist zugleich auch die beste Sozialpolitik. Nur wer erfolgreich wirtschaftet, kann etwas Schwächere unterstützen. Diesem Grundsatz fühlen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet. **Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus; das bleibt auch mit dem Bundeshaushalt 2020 so. Finanzielle Solidität und Berechenbarkeit sind und bleiben Markenzeichen der Union.**

Das Haushaltsgesetz 2020 enthält die Einzelpläne aller Verfassungsorgane sowie aller Bundesministerien. Hierzu finden Sie im Folgenden einen zusammenfassenden Überblick.

Klimaschutz

Mit dem Bundeshaushalt 2020 werden die Beschlüsse des Klimaschutzprogramms 2030 umgesetzt. **Konkret bedeutet dies, dass rund 7 Milliarden Euro im Energie- und Klimafonds für Förderprogramme zur CO₂-Minderung zur Verfügung stehen:** unter anderem für die energetische Gebäudesanierung, zum Heizungstausch, für die Ladesäuleninfrastruktur, die erhöhte Elektroauto-Prämie sowie die Batterie- und Wasserstoff-Forschung. **Neu gegenüber dem Regierungsentwurf sind insbesondere die folgenden Programme:** Wasserstoffeinsatz in der Industrieproduktion (445 Millionen Euro bis 2024), Antriebstechnologien und moderne Kraftstoffe für die Luftfahrt (200 Millionen Euro für 2020 und 2021), Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel (100 Millionen Euro bis 2023), hybridelektisches Fliegen (75 Millionen Euro bis 2024) und das Innovationsprogramm moderne Energien für KMU (46,5 Millionen Euro bis 2023). **Wir zeigen damit: Klimaschutz gelingt vor allem durch Innovation und Technologie, nicht durch Verbote.** Indem ab dem 1. Januar 2020 auch im Fernverkehr der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent gilt, wird Bahnfahren günstiger. Um die Anreize für klimafreundlicheres Bahnfahren noch zu erhöhen, wird die Luftverkehrssteuer (insbesondere für vergleichsweise kurze Distanzen) erhöht. **Auch international engagieren wir uns mit zusätzlich 600 Millionen Euro für den globalen Klimaschutz.** Für die Förderung des Exports von Technologie zur Bekämpfung von Plastikmüll werden darüber hinaus 15 Millionen Euro bis 2023 im Einzelplan des BMU bereitgestellt.

Innere Sicherheit, Zoll und Justiz

Die innere Sicherheit in Deutschland wird durch **rund 3.900 neue Stellen für das Bundesinnenministerium und seine nachgeordneten Behörden** verbessert. **Im Ergebnis erhalten unter anderem Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz mehrere hundert zusätzliche Stellen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus.** Am stärksten profitieren mit einem Zuwachs von 2.150 beziehungsweise 650 neuen Stellen die Bundespolizei beziehungsweise die Zollverwaltung. Zusätzlich erhält die Bundespolizei eine Finanzierungszusage in Höhe von 1,7 Milliarden Euro bis 2031 zum Erwerb von Transporthubschraubern. **Ebenso bekommen die Länder im Rahmen des Paktes für den Rechtsstaat für den Ausbau ihre Gerichte und Justizbehörden 110 Millionen Euro für das Jahr 2020.**

Bau und Sport

Aufgrund des erheblichen Sanierungsbedarfs wird **das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ um insgesamt 332 Millionen Euro aufgestockt**. Auch die Sportfördermittel wurden um gut 33 Millionen verstärkt, unter anderem für die Errichtung und Ausstattung von Sportstätten für verschiedene Wintersport-Großveranstaltungen.

Kultur

Der Kulturetat steigt um 100 Millionen Euro auf knapp 2 Milliarden Euro an. Insbesondere wird das Denkmalschutzsonderprogramm mit einem Niveau von 30 Millionen Euro fortgeführt.

Wirtschaft und Strukturwandel

Für den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie werden 2020 zusätzlich knapp 217 Millionen Euro bereitgestellt. Er beläuft sich damit auf rund 9,2 Milliarden Euro. Insbesondere werden die Mittel für den Strukturwandel in den Kohleregionen um 500 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro angehoben. Entgegen der Medienberichterstattung werden auch die Mittel für das Nationale Weltraumprogramm um 11 Millionen Euro erhöht und in den nächsten Jahren zusätzlich gut 230 Millionen Euro für eine Testanlage für optische Satelliten bereitgestellt.

Landwirtschaft

Wie oben bereits erwähnt, steigt der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft **um weitere 59 Millionen Euro und beläuft sich damit auf knapp 6,7 Milliarden Euro**. Zu nennen sind insbesondere die Mittelaufstockungen für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz im Bereich „Nährstoffmanagement“ und für die Ackerbaustrategie.

Soziales und Gesundheit

Den größten Etat hat mit rund 150,2 Milliarden Euro auch weiterhin das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Insbesondere wurden entsprechend der erwarteten Bedarfe die Ansätze für das Arbeitslosengeld II um 700 Millionen Euro und für die Kosten der Unterkunft im SGB-II-Rahmen um 800 Millionen erhöht. **Hier spiegelt sich die Entlastung der Kommunen aus der vollständigen Übernahme der Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber durch den Bund wider**. Der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung erhöht sich 2020 um 136 Millionen Euro und übersteigt mit knapp 102 Milliarden Euro erstmals die Schwelle von 100 Milliarden Euro. Der Etat des Bundesministeriums für Gesundheit wächst 2020 um weitere 25 Millionen Euro auf knapp 15,4 Milliarden Euro. Dieser Aufwuchs kommt unter anderem der gesundheitlichen Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere zum Thema Impfen, sowie der Kofinanzierung der Konzeptentwicklung des sogenannten Landärzteprogramms an Hochschulen und dem Projekt Praxis ohne Grenzen zu Gute.

Verkehr

Das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erhält gegenüber dem Regierungsentwurf zusätzlich 175 Millionen Euro. Der Etat beläuft sich damit auf 31,0 Milliarden Euro. In der Praxis soll dieses Geld zum Beispiel genutzt werden, um die **Attraktivität und die Barrierefreiheit von Bahnhöfen zu verbessern** oder das Erdbeobachtungssystem Copernicus auszubauen. Außerdem **erhalten die Länder in den folgenden Jahren durch das Sonderprogramm „Stadt und Land“ rund 637 Millionen Euro für Investitionen in den Radverkehr**.

Verteidigung

Das Bundesministerium der Verteidigung erhält 2020 zusätzliche Mittel in Höhe von knapp 137 Millionen Euro. Der Etat beläuft sich damit auf knapp 45,1 Milliarden Euro. **Der Mittelaufwuchs dient vor allem zur Beteiligung an dem NATO-Programm Enhanced Forward Presence in Litauen und zur Beschaffung neuer Munition.** Im Ergebnis steigt die sogenannte NATO-Quote (Verteidigungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2020 auf 1,42 Prozent. In den Folgejahren werden weitere Anstrengungen erforderlich sein, um eine angemessene Ausstattung unserer Soldaten zu gewährleisten und das Ziel von 1,5 Prozent bis 2024 zu erreichen.

Auswärtiges und Entwicklungszusammenarbeit

Für das Auswärtige Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurden in den parlamentarischen Beratungen gegenüber dem Regierungsentwurf plus Ergänzungshaushalt zusätzlich gut 200 Millionen Euro bereitgestellt. **Damit stehen insbesondere nun 60 Millionen Euro zusätzlich für die Humanitäre Hilfe im Ausland zur Verfügung.**

Familienpolitik

Gegenüber dem Regierungsentwurf wurde das Haushaltsvolumen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend um knapp 251 Millionen Euro erhöht. Der Etat beläuft sich damit auf knapp 12,1 Milliarden Euro. **Die beiden größten Veränderungen sind hier die Erhöhung des Unterhaltsvorschusses für Alleinerziehende um 148 Millionen Euro und zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro für die Freiwilligendienste.** Auch für das zivilgesellschaftliche Engagement und zur Extremismusprävention werden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Bildung und Forschung

Eine **neue Rekordhöhe** erreicht 2020 – im Gegensatz zum Entwurf der Bundesregierung – der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit einem Volumen von **knapp 18,3 Milliarden Euro.** Verantwortlich hierfür ist insbesondere die Aufteilung der zweiten Tranche „Künstliche Intelligenz“ in Höhe von gut 500 Millionen Euro; hiervon bekommt allein das Bundesministerium für Bildung und Forschung knapp 155 Millionen Euro. **Um die von den Ländern angemeldeten Bedarfe finanziell zu unterlegen, werden auch für den Digitalpakt Schule weitere 222 Millionen Euro in das Sondervermögen „Digitalfonds“ eingestellt.**

Sollten Sie mehr über meine **Arbeit in Berlin und in meiner Heimat Altötting/Mühldorf am Inn** wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf **meiner persönlichen Webseite** vorbei: **www.mayer-stephan.de**.

Dort finden Sie **Aktuelles, Persönliches** und sind immer **bestens informiert!**

Für Rückfragen stehe ich Ihnen natürlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen weiterhin **viel Freude beim Lesen.**

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Stephan Mayer

Stephan Mayer

**Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Mitglied des Deutschen Bundestages**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-74932

Fax: 030-227-76781

E-Mail: stephan.mayer@bundestag.de

Web: www.mayer-stephan.de

Nr. 14 | 29.11.2019

Grüß Gott,

Anbei finden Sie unseren aktuellen Brief aus Berlin:

Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, hat am Mittwoch im Plenum in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2020 gesprochen. Dabei wies Dobrindt unter anderem auf die Rekordinvestitionen hin, kritisierte aber auch die Absicht der Grünen, die Schuldenbremse auszuhebeln.

Der Bundestag hat am Freitag den Bundeshaushalt 2020 verabschiedet. Die Schwarze Null steht – und das zum siebten Mal in Folge. Damit wird ein wichtiges Signal für die Generationengerechtigkeit gesetzt.

Mit den Nürnberger Nachrichten hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Stefan Müller, über die Arbeit der Bundestagsabgeordneten gesprochen.

Viel Spaß beim Lesen!



BUNDESHAUSHALT 2020

Dobrindt: „Wir haben zum siebten Mal keine neuen Schulden“

Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, hat am Mittwoch im Plenum in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2020 gesprochen. Dabei wies Dobrindt unter anderem auf die Rekordinvestitionen und die Fortführung der Schwarzen Null hin, kritisierte aber auch die Absicht der Grünen, die Schuldenbremse auszuhebeln.

[Weiterlesen](#)



BUNDESHAUSHALT 2020

Investitionen auf Rekordniveau von 43 Milliarden Euro gesteigert

Der Bundestag hat am Freitag den Bundeshaushalt 2020 verabschiedet. Die Schwarze Null steht – und das zum siebten Mal in Folge. Damit wird ein wichtiges Signal für die Generationengerechtigkeit gesetzt.

[Weiterlesen](#)



INTERVIEW NÜRNBERGER NACHRICHTEN

Müller: „Überwältigende Mehrheit der Parlamentarier nimmt ihre Aufgaben sehr ernst“

Mit den Nürnberger Nachrichten hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag, Stefan Müller, über die Arbeit der Bundestagsabgeordneten gesprochen.

[Weiterlesen](#)

Kontakt

[CSU im Bundestag](#)

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Social Media

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Instagram](#)

[YouTube](#)

Bürgerinfo 030 / 227-51999

Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information, darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail (an: stephan.mayer@bundestag.de) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Parlamentarischer Geschäftsführer
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
bab@cducsu.de